

Infobrief Dez. 2014 Nr. 1

Inhalt:

- Bundestag beschließt mehr Geld für den Zivilen Friedensdienst
- Militärbischof Rink warnt vor Spätfolgen nach Auslandseinsätzen
- Begleitet Bundeswehrsoldaten - Lippischer Pastor reist als erster deutscher Militärpfarrer ins Ebola- Gebiet
- Evangelische Jugend Plädoyer für gewaltfreie Außenpolitik
- Auszeichnungen Hochschulpreis für Arbeit über Lage der Christen im Nahen Osten
- Mutter Jesu sucht über Facebook Schlafplätze
- Oberkirchenrat: Vermittlung ethischer Werte in evangelischen Kindertagesstätten
- Staatsbesuch ohne Staatskarosse Papst Franziskus beeindruckt Türkei mit Bescheidenheit
- Dortmund benennt Carl-Duisberg-Straße um
- Land beteiligt sich an Finanzierung der Schulsozialarbeit
- Kommunen begrüßen Zusage für drei Jahre Düsseldorf
- Hilfsorganisationen fordern weitere Afghanistan-Hilfe Zivilgesellschaft sollte gestärkt werden
- Sacharow-Preis Europaparlament ehrt kongolesischen Arzt
- Kolumbien Friedensgespräche sollen fortgesetzt werden

Bundestag beschließt mehr Geld für den Zivilen Friedensdienst

Pressemitteilung

***forum*ZFD begrüßt Ausbau des Zivilen Friedensdienstes als dringend notwendige Investition in zivile Krisenprävention**

Köln, 28.11.2015. Das *forum*ZFD begrüßt den schrittweisen Ausbau des Zivilen Friedensdienstes, den der Bundestag mit dem Bundeshaushalt 2015 am heutigen Freitag beschlossen hat. Die Regierungsparteien halten damit ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, den Zivilen Friedensdienst (ZFD) in dieser Legislaturperiode zu stärken. Im Jahr 2014 wuchs der Etat bereits um fünf Millionen Euro auf aktuell 34 Mio. Euro, im heute beschlossenen Bundeshaushalt 2015 legt die Koalition weitere fünf Mio. Euro drauf.

Dank der wachsenden Mittel kann das *forum*ZFD wichtige Projekte ausbauen, unter anderem zur zivilen Konfliktbearbeitung im Libanon. Die Erhöhung ermöglicht dem *forum*ZFD den Einstieg in neue Projekte in der Ukraine und dem Südsudan, zwei Länder mit großem Bedarf für eine Stärkung ziviler Konfliktbearbeitung und Friedensförderung. [Weiterlesen auf www.forumZFD.de](http://www.forumZFD.de)

Militärbischof Rink warnt vor Spätfolgen nach Auslandseinsätzen

Berlin (epd). Die psychischen Spätfolgen für deutsche Soldaten nach ihrem Einsatz in Afghanistan sind nach Einschätzung der evangelischen Militärseelsorge derzeit noch gar nicht abschätzbar. »Über die Jahre hinweg und durch die ständig wechselnden Kontingente sind inzwischen 135.000 deutsche Soldatinnen und Soldaten in Afghanistan gewesen«, sagte Militärbischof Sigurd Rink am 27. November in Berlin. Schwere psychische Folgen könnten auch erst nach einer »Inkubationszeit« von mehreren Jahren auftreten. Deshalb sehe man derzeit nur die »Spitze des Eisbergs«. Deutschland müsse sich darauf einstellen, dass »viele, viele Menschen« später noch mit Beschädigungen wie einer Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS) leben, sagte Rink. Der Militärbischof äußerte sich bei einer Diskussionsveranstaltung, an der ein an PTBS leidender deutscher Afghanistan-Veteran und seine Frau teilnahmen. Deren Beziehung schildert die »chrismon«-Chefredakteurin Ursula Ott in ihrem Buch »Was Liebe aushält«, das sie in Berlin vorstellte. »chrismon« erscheint unter dem Dach des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik in Frankfurt am Main. Die zentrale Medieneinrichtung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) trägt auch die Zentralredaktion des Evangelischen Pressedienstes (epd). Rink betonte, die evangelische Militärseelsorge kümmere sich seit einigen Jahren mit einem speziellen Projekt auch um die Familien von Soldaten, die psychisch krank aus dem Einsatz zurückgekommen seien. Die Angehörigen litten mit, sagte der Theologe: »Menschen, die an Leib und Seele geschädigt zurückkommen, brauchen inklusive ihrer Familie Hilfe.« Diese Angebote der Militärseelsorge würden sehr gut angenommen. Der Militärbischof betonte die Verantwortung der deutschen Gesellschaft für die Bundeswehrsoldaten. Deutschland habe eine Parlamentsarmee, und es sei »nur recht und billig und wichtig«, dass die Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen seelsorgerisch begleitet werden. Rink ist seit September der erste hauptamtliche Militärbischof der EKD.

Begleitet Bundeswehrsoldaten Lippischer Pastor reist als erster deutscher Militärpfarrer ins Ebola- Gebiet

Hamburg/Detmold (epd). Als erster deutscher Militärpfarrer wird der lippische Pastor Andreas-Christian Tübler aus Appen (bei Hamburg) im Januar für sechs Wochen in ein afrikanisches Ebola-Gebiet reisen. Er begleite Soldaten, die sich freiwillig zum Einsatz meldeten und in Appen ausgebildet wurden, sagte der 57-jährige evangelische Militärgeistliche der Appener Marseille-Kaserne am 24. November dem epd. Einsatzort ist Liberias Hauptstadt Monrovia, wo das Deutsche Rote Kreuz in Zusammenarbeit mit der Bundeswehr ein Ebola-Behandlungszentrum betreiben will. Im Zentrum seines Einsatzes stehe die seelsorgerliche Begleitung der Soldaten und anderer Einsatzkräfte, sagte Tübler. Der tägliche Umgang mit dem Tod werfe bei den Einsatzkräften grundlegende Lebensfragen auf. Der ehemalige lippische Kirchenrat wird während seines Afrika-Aufenthalts nicht in den Hochrisikozonen des Behandlungszentrums arbeiten. Dennoch wisse er um die erheblichen gesundheitlichen Risiken. Ganz ohne Angst reise er nicht, räumt Tübler ein. Während eines Lehrgangs in Appen wurde er im Umgang mit Schutzzug und Desinfektionsmitteln geschult. Bereits im Mai und Juni hatte Tübler einen Seelsorge-Einsatz im westafrikanischen Mali. Der 1957 in Mölln geborene Tübler war nach seinem Theologiestudium in Tübingen und Hamburg zunächst Pastor in Hamburg-Dulsberg. Von 1996 bis 1999 arbeitete er als persönlicher Referent der damaligen Hamburger Bischöfin Maria Jepsen. 1999 wurde er Theologischer Kirchenrat in der Lippischen Landeskirche, 2010 wechselte er ins Militärpfarramt an der Unteroffiziersschule der Luftwaffe in Appen.
epd-Wochenpiegel | AUSGABE WEST Nr. 49_2014 Seite _6

Evangelische Jugend Plädoyer für gewaltfreie Außenpolitik

Hannover (epd). Die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej) mit Sitz in Hannover fordert in der deutschen Außenpolitik mehr Unterstützung für zivile Konfliktlösungen. Vor dem Hintergrund der Kriege und Konflikte im Mittleren und Nahen Osten müsse Gewaltfreiheit zu einer Voraussetzung in der politischen Zusammenarbeit mit internationalen Partnern werden, sagte ein Sprecher am 26. November. Die Bundesrepublik könne durch die Förderung ziviler Konfliktbearbeitung mit gutem Beispiel vorangehen. Auch den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) fordert die aej auf, sich stärker für einen Wechsel von der militärischen hin zur zivilen Konfliktlösung einzusetzen. Dazu müsse die Position des Friedensbeauftragten in der EKD gestärkt werden, die derzeit der Bremer Theologe Renke Brahm innehat. Zudem sollte die Wirkung von Stellungnahmen, die militärische Gewalt als letztes Mittel legitimieren, kritisch hinterfragt werden. Die aej vertritt nach eigenen Angaben die Interessen von rund 1,35 Millionen jungen Menschen. Als Dachorganisation agiert sie auf Bundesebene als Ansprechpartner für Ministerien, gesamtkirchliche Zusammenschlüsse, Fachorganisationen und internationale Partner.
epd-Wochenpiegel | AUSGABE WEST Nr. 49_2014 Seite _7

Auszeichnungen Hochschulpreis für Arbeit über Lage der Christen im Nahen Osten

Wuppertal (epd). Die rheinische Theologiestudentin Meike Röhrig hat am Mittwoch in Wuppertal den Hochschulpreis 2014 des Evangelischen Bundes Rheinland erhalten. Sie bekam die mit 300 Euro dotierte Auszeichnung für ihre Seminararbeit »The role and future of Christians in the Middle East« (Die Rolle und Zukunft von Christen im Nahen Osten). Der Vizepräsident der Evangelischen Kirche im Rheinland, Oberkirchenrat Christoph Pistorius, nannte die Arbeit in seiner Laudatio einen Appell an die »weltweite ökumenische Solidarität mit unseren Brüdern und Schwestern in den vom Islam geprägten Ländern«. Röhrig gebe »wichtige Impulse auch für unser kirchliches und gesellschaftliches Leben«. Es sei wichtig, auf das Schicksal der Christen im Nahen und Mittleren Osten aufmerksam zu machen, der seit Jahren von kriegerischen Auseinandersetzungen betroffen sei, betonte Pistorius. Das Aufkommen der Terrormiliz »Islamischer Staat« lenke nahezu täglich in den Nachrichten den Blick auf diese Länder. Mit dem Hochschulpreis zeichnet der Evangelische Bund Rheinland studentische Arbeiten im Bereich von Konfessionskunde und Ökumene aus. Der 1886 gegründete Evangelische Bund ist das konfessionelle und ökumenische Arbeitswerk der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Seine wissenschaftliche Zentrale ist seit 1947 das Konfessionskundliche Institut im hessischen Bensheim. Der Bund ist in den einzelnen Landeskirchen durch Landesverbände vertreten.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 49_2014 Seite _8

Mutter Jesu sucht über Facebook Schlafplätze

Witten (epd). Maria von Nazareth berichtet auf Facebook, wie es sich anfühlt, als schwangere Migrantin in einer fremden Stadt zu stranden. »Frust! Bin den ganzen Tag durch die Stadt gelaufen«, lautet ihr erster Eintrag vom 18. November. »Entweder waren die Unterkünfte zu teuer oder schon belegt... Ich könnte heulen!« Die Mutter Jesu ist allerdings nicht aus Fleisch und Blut, sondern eine lebensgroße Krippenfigur auf dem Wittener Weihnachtsmarkt. Dort steht sie jedoch nur bei Tag: Über die Facebook-Seite werden der Schaufensterpuppe inzwischen zahlreiche Übernachtungsmöglichkeiten angeboten. »Maria hat nicht nur jede Nacht ein warmes Bett, sondern wurde auch schon ins Café eingeladen oder mit ins Fitnessstudio genommen«, berichtete der Wittener Pfarrer Christian Uhlstein, der das Facebook-Profil angelegt hat. Der evangelische Kirchenkreis Hattingen-Witten lädt darüber hinaus jeden Tag um 16 Uhr zu »Geschichten am Stall« mit der Maria-Puppe ein. Beim gemeinsamen Singen oder bei Lesungen könnten Weihnachtsmarktbesucher dabei eine Auszeit vom hektischen und kommerziellen Trubel in der Adventszeit nehmen, erklärte eine Sprecherin. Am vierten Advent soll aus dem Stall eine lebendige Krippe mit Freiwilligen aus Kirchengemeinden und echten Tieren werden.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 49_2014 Seite _9

Oberkirchenrat: Vermittlung ethischer Werte in evangelischen Kindertagesstätten

Bonn (epd). Den besonderen Wert evangelischer Kindertageseinrichtungen für die Vermittlung ethischer Werte und für die interkulturelle Öffnung hat am Mittwoch in Bonn der rheinische Oberkirchenrat Klaus Eberl betont. »Evangelische Kindertageseinrichtungen dienen der Identitätsfindung und der Orientierung auf dem Lebensweg jedes Kindes«, sagte der Leiter der Abteilung Bildung in der rheinischen Landeskirche auf einer Tagung des Rheinischen Verbandes der Diakonie. Es sei für ihn selbst faszinierend, wie gut das evangelische Profil auch von muslimischen Eltern angenommen werde, sagte Eberl. Auch muslimische Familien wollten, dass ihre Kinder ethische Werte vermittelt bekommen. »Unsere Kindertagesstätten dienen so auch der interkulturellen Öffnung.« Die Landeskirche sei stolz, dass evangelische Tagesstätten bewusst in der Fläche Akzente setzten. Ein Problem sei vielmehr, dass es aktuell insgesamt zu wenige Plätze gebe und gerade die konfessionellen Einrichtungen viele Interessenten ablehnen müssten. Bei der Aufnahme sei dann aber keineswegs die Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche entscheidend, betonte der Oberkirchenrat. »Im Wesentlichen geht es um die soziale Frage, wer die Plätze vor Ort wirklich braucht.« In NRW gebe es evangelische Kindergärten, die zu 90 Prozent muslimische Kinder aufgenommen hätten. »Die Evangelische Kirche ist für das Land NRW in der Landschaft frühkindlicher Bildung ein ganz wichtiger Träger«, sagte Manfred Walhorn, Abteilungsleiter Kinder und Jugend im Familienministerium NRW. Über

die Hälfte aller Kindertagesstätten im Land würden aktuell von den Kirchen getragen, im Bereich der Betreuung unter Dreijähriger sei der Prozentsatz sogar noch höher. Das Land profitiere also von der Qualität der kirchlichen Arbeit. Die kirchlichen Träger mischten sich zudem konstruktiv in die Fachdiskussion über pädagogische Qualität und Sprachbildung ein, auch das sei ein positiver Beitrag. Andererseits ärgere er sich dann aber auch, dass es im Land einzelne Kommunen gebe, in denen nur noch konfessionelle, aber überhaupt keine kommunaler Kindergärten mehr gebe, kritisierte Walhorn. Sabine Herrenbrück, Fachleiterin Kindertagesstätten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, widersprach dem Vorwurf, dass Eltern ihre Kinder nur deshalb taufen lassen müssen, um einen Kita-Platz zu erhalten. »Evangelische Kindertageseinrichtungen sind für alle da.« Evangelische Kindergärten leisteten Inklusion statt Exklusion. Religiöse Bildung heiÙe auf keinen Fall Rekrutierung neuer Gemeindemitglieder. »Religiöse Bildung heiÙt Kennenlernen der eigenen und anderer Religionen. Und letztlich leisten wir damit in unseren Einrichtungen auch Prävention von Extremismus.«

epd-Wochenpiegel | AUSGABE WEST Nr. 49_2014 Seite _10

Staatsbesuch ohne Staatskarosse Papst Franziskus beeindruckt Türkei mit Bescheidenheit



Papst Franziskus wurde von Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan mit militärischen Ehren empfangen. epd-bild / Osservatore Romano

Istanbul (epd). »Es ist ein Renault!«: Ein Raunen geht durch die Menge, als der Tross mit Papst Franziskus an der Blauen Moschee in Istanbul vorfährt. Vor seiner dreitägigen Türkei-Reise war viel über das Papst-Auto spekuliert worden. Franziskus hatte die türkischen Behörden um ein dezentes Modell gebeten, die aber bestanden auf einer gepanzerten Staatskarosse. Offensichtlich konnte sich der 77-Jährige durchsetzen: Der silberne Mittelklasse-Renault ist ungepanzert. Wie ein Popstar wird Franziskus bei dieser Reise nicht begrüßt, der Andrang ist überschaubar. Von 76 Millionen Türken sind nur gut 100.000 Christen. Die meisten Schaulustigen, die sich am zweiten Tag der Papst-Reise am 29. November im Viertel Sultanahmet rund um Blaue Moschee und Hagia Sophia versammeln, sind Touristen. Riesig erscheinen dagegen die Sicherheitsmaßnahmen: 7.000 Polizisten sind im Einsatz, um den Papst zu beschützen. Die Angst vor Anschlägen ist groß. Anders als sonst üblich nimmt Franziskus kein Bad in der Menge, winkt nur kurz den jubelnden Schaulustigen zu. Zu den wenigen Istanbulern, die gekommen sind, zählt Familie Ghaleb. Die syrisch-orthodoxen Christen sind vor dem Bürgerkrieg in ihrer Heimat hierher geflohen. Vater Fouad lobt Franziskus' Agenda: »Es ist wichtig, dass wir Christen in dieser Krisenzeit zusammenstehen.« In der Türkei leben Christen verschiedenster Konfessionen, etwa Griechisch-Orthodoxe, Maroniten, Armenier, Chaldäer und Römisch-Katholische. Zur Georgisch-Orthodoxen Minderheit in der Türkei gehört Nurhan Demirci. Er sieht den Papst als Botschafter des Friedens. »Hoffentlich hilft sein Besuch, die Lage der Christen in der Türkei zu verbessern«, sagt er, eine vatikanisch-türkische Doppelflagge in der Hand. Demirci hat eines der begehrten Tickets für die Papst-Messe in der katholischen Heilig-Geist-Kirche ergattert. Die versteckt in einem Hinterhof gelegene Kirche bietet nicht viel Platz, dennoch wurden zu dem Gottesdienst am Samstagvormittag Vertreter aller christlichen Gruppen in der Türkei eingeladen. Vor dem Besuch wurde gerätselt, ob Franziskus bei seinen Besuchen in der Hagia Sophia und in der Blauen Moschee beten würde. Ein Gebet in der Hagia Sophia hätten viele Muslime als Affront verstanden. Das 1.500 Jahre alte Gotteshaus war zunächst Kirche, dann Moschee. Seit 1934 ist die Hagia Sophia ein Museum, eine nicht unbedeutende Bewegung will sie jedoch wieder zur Moschee umwidmen. Franziskus verzichtet dort auf ein Gebet. In der Blauen Moschee jedoch verharrt er gemeinsam mit dem Mufti von

Istanbul, Rahmi Yaran, in einer Besinnung gen Mekka. Türkische Medien jubeln über die Geste, während der Vatikan Wert auf die Feststellung legt, es habe sich dabei nicht um ein Gebet gehandelt. Der Abend des 29. und der 30. November sind ganz dem Dialog mit der Orthodoxen Kirche gewidmet. Im Orthodoxen Patriarchat im ehemaligen Istanbuler Griechenviertel Phanar feiert Franziskus zwei Gottesdienste und das orthodoxe Andreasfest. Mit Bartholomäus I., dem Ehrenoberhaupt von 300 Millionen orthodoxen Christen weltweit, unterzeichnet Franziskus eine ökumenische Erklärung. Sie wollen die Annäherung der beiden Kirchen vorantreiben. Der Dialog zwischen den Konfessionen und Religionen steht im Zentrum der Reise. Die Christen ruft der Papst dazu auf, ihre Streitigkeiten niederzulegen. Und auch gegenüber den Muslimen zeigt Franziskus Offenheit: »Wir, Muslime und Christen« lautet eine bemerkenswerte Formulierung bei seinem Besuch in der türkischen Religionsbehörde Diyanet am Freitag. Vor seinem Rückflug am Sonntagnachmittag wollte Papst Franziskus sich mit geflohenen Christen aus Syrien und dem Irak treffen. Das Gespräch kündigte der Vatikan kurzfristig an. Dass Franziskus in der PS-verliebten Türkei im Mittelklasse-Renault vorfuhr, griffen türkische Medien übrigens gerne auf. Die Anekdote wurde als Zeichen angenehmer Bescheidenheit gewertet - und von manchem Kommentator gar als leiser Widerspruch gegen Präsident Recep Tayyip Erdogan. Der bezog jüngst einen Palast, der mit 1.000 Zimmern den Kreml oder das Weiße Haus in den Schatten stellt. *Von Dominik Speck (epd)*
epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST [Nr. 49_2014 Seite _14](#)

Dortmund benennt Carl-Duisberg-Straße um

Dortmund/Düsseldorf (epd). Die Dortmunder Carl- Duisberg-Straße heißt ab sofort Kleine Löwenstraße. Die Bezirksvertretung Innenstadt-West beschloss die Umbenennung auf ihrer Sitzung am Mittwochabend, wie ihr Geschäftsführer Oliver Krauss dem epd am Donnerstag sagte. Das Bezirksparlament folgte damit einer Empfehlung des Stadtarchivs. Das Archiv hatte in einer Stellungnahme festgestellt, Duisberg (1861-1935) sei als Vorstandsmitglied beim Chemiekonzern Bayer während des Ersten Weltkriegs unter anderem mit verantwortlich gewesen für die Produktion von Giftgas und die Deportation belgischer Zivilisten zur Zwangsarbeit. Die pharmakritische Initiative »Coordination gegen Bayer-Gefahren« (CBG) begrüßte die Entscheidung und rief dazu auf, auch in anderen Städten nach Duisberg benannte Straßen, Schulen oder Wohnheim umzubenennen. Der Industrielle, der sich auch im antisemitischen Alldeutschen Verband engagiert habe, taue nicht als Vorbild für künftige Generationen, erklärte Jan Pehrke aus dem Vorstand der Initiative am Donnerstag in Düsseldorf. Nach seinen Angaben gibt es Umbenennungs-Initiativen unter anderem in Wuppertal, Leverkusen, Frankfurt und Marburg.
epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST [Nr. 49_2014 Seite _25](#)

Land beteiligt sich an Finanzierung der Schulsozialarbeit

Kommunen begrüßen Zusage für drei Jahre Düsseldorf

(epd). Im Streit um die Finanzierung der Schulsozialarbeit in Nordrhein-Westfalen springt jetzt das Land ein. Ab 2015 werde NRW den Kommunen drei Jahre lang jeweils rund 48 Millionen Euro für etwa 1.500 Schulsozialarbeiter zur Verfügung stellen, kündigte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) am Mittwoch in Düsseldorf an. Die kommunalen Spitzenverbände und der Verband Lehrer NRW begrüßten die Zusage. In Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden vereinbarte die rot-grüne Landesregierung, dass sich die Städte und Gemeinden mit jährlich knapp 20 Millionen Euro an dem neuen Förderprogramm beteiligen. Dabei müssen finanziell schwächere Kommunen einen geringeren Eigenanteil beisteuern als reichere. Kraft betonte aber, sie sehe »weiterhin den Bund in der Pflicht, die Schulsozialarbeit zu finanzieren«. In den Koalitionsverhandlungen der Bundesregierung habe die Union diese SPD-Forderung allerdings abgelehnt. Der Vorsitzende des NRW-Städtetages, der Wuppertaler Oberbürgermeister Peter Jung (CDU), sprach von einer guten Nachricht, »dass diese wirklich sinnvolle und notwendige Arbeit fortgesetzt werden kann«. Darüber hinaus müsse die Finanzierung aber langfristig geklärt werden, forderte Jung. Die Kommunen seien nicht in der Lage, die Finanzierung zu übernehmen. »Wir brauchen aber verlässliche Rahmenbedingungen, um die Schulsozialarbeit fest in den Bildungswegen zu verankern.« Auch der Verband Lehrer NRW, der insbesondere Real- und Hauptschullehrer vertritt, begrüßte die Einigung. Der Pädagogenverband sieht die Landesregierung aber dauerhaft in der Pflicht. »Das Land stellt den Schulen zum Beispiel mit der Inklusion oder der Integration von Flüchtlingskindern große Aufgaben«, sagte die Vorsitzende Brigitte Balbach. »Also muss die Landesregierung den Schulen auch die Mittel zur Verfügung stellen, um sie zu erfüllen.« Schulsozialarbeiter seien angesichts dieser Herausforderungen unverzichtbar. Bundesweit gibt es den Angaben zufolge für rund 30.000 Schulen nur etwa 7.000 Schulsozialarbeiter. Rund 3.000 von ihnen wurden erst Anfang 2011 im Zuge des Bildungs- und Teilhabepakets der Bundesregierung eingestellt. Es lief jedoch Ende vergangenen Jahres aus. Seitdem streiten Kommunen, Länder und Bund über die weitere Finanzierung dieser Stellen. Bis zum Ende der nun

zugesagten Landesfinanzierung 2017 werde die Düsseldorfer Regierung weiter Druck auf die Bundesregierung ausüben, kündigte Kraft an. Schulsozialarbeit sei sehr sinnvoll etwa bei der Integration und zur Gewaltprävention, sagte Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne). Neben den etwa 1.500 Schulsozialarbeitern, die durch das Bildungs- und Teilhabepaket eingestellt wurden, gebe es in NRW seit mehr als zehn Jahren auch noch Schulsozialarbeiter des Landes. Derzeit seien dies 674 Sozialarbeiter, sagte Löhrmann. Schwerpunktmäßig würden diese Fachleute an Hauptschulen, Gesamt- und Ganztagschulen eingesetzt. Auch Städtetag, Landkreistag und Städte- und Gemeindebund NRW hoben die wichtigen Aufgaben der Schulsozialarbeit hervor. Sie leiste einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der sozialen Kompetenz von Schülern, biete Einzelfallhilfen in Problemsituationen und unterstütze Kinder und Jugendliche beim Wechsel von der Grundschule in die weiterführende Schule oder von der Schule in den Beruf, erklärten die Kommunalverbände.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 49_2014 Seite _36

Hilfsorganisationen fordern weitere Afghanistan-Hilfe Zivilgesellschaft sollte gestärkt werden

Berlin/Bonn (epd). Ein Bündnis von rund 300 Hilfsorganisationen fordert eine anhaltende Unterstützung Afghanistans durch die internationale Staatengemeinschaft auch nach Abzug der internationalen Truppen. Angesichts der aktuellen Krisen in Syrien, in den von Ebola betroffenen Ländern in Westafrika sowie in der Ukraine sei die Spendenbereitschaft für Afghanistan in den vergangenen zwei Jahren deutlich zurückgegangen, sagte der Landeskoordinator Afghanistan der Welthungerhilfe, Klaus Lohmann, am 24. November in Berlin. Mit dem geplanten Abzug der internationalen Kampftruppen aus Afghanistan Ende 2014 sei zu befürchten, dass das Land völlig aus dem Blickfeld der internationalen Hilfe gerät. Mit der weltweiten Kampagne »Do not forget Afghanistan« soll auf die aktuelle Situation in dem noch immer bürgerkriegszerstörten Land aufmerksam gemacht werden. Initiator der Kampagne, die zeitgleich in 20 Ländern startet, ist der Dachverband der in Afghanistan tätigen Hilfsorganisationen Acbar. Nach dem Sturz des Taliban-Regimes 2001 hatten sich zahlreiche staatliche und nichtstaatliche Organisationen um den Wiederaufbau des Landes bemüht. So haben Deutschland und andere Geberstaaten in den vergangenen 13 Jahren den Angaben zufolge rund 100 Milliarden USDollar für den zivilen Aufbau Afghanistans ausgegeben. »Das Land braucht mindestens noch zehn weitere Jahre Unterstützung« betonte Lohmann. Zugleich verwies er darauf, dass Afghanistan bereits große Fortschritte gemacht habe. Als Beispiel nannte er den Bildungsbereich: Während im Jahr 2002 etwa nur eine Million Mädchen und Jungen zur Schule und zur Universität gehen konnten, seien es mittlerweile sieben Millionen. Allerdings sei gut die Hälfte aller Schulen schlecht beziehungsweise gar nicht ausgestattet. Eine große Herausforderung für Afghanistan werde in den kommenden Jahren auch die Integration zurückkehrender Bürgerkriegsflüchtlinge sein. Derzeit leben noch 1,5 Millionen geflüchtete Afghanen in Pakistan sowie rund eine Million im Iran. Hinzu kämen rund 600.000 Binnenflüchtlinge, betonte Lohmann. Der Landesdirektor Afghanistan bei der Hilfsorganisation Borda, Alex Miller, verwies darauf, dass derzeit rund 50 Prozent der Afghanen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und 60 Prozent keinen Zugang zu sanitären Anlagen haben. Die Kindersterblichkeitsrate sei weiterhin eine der höchsten der Welt. So würden etwa 25 Prozent der Kinder unter fünf Jahren an verunreinigtem Trinkwasser sterben, sagte Miller. Rund 40 Prozent der Kinder seien von Mangelernährung betroffen. In vielen Regionen des Landes gebe es keinen Zugang zu medizinischer Hilfe. Nach Ansicht des Direktors der Hilfsorganisation Ahead, Said Assadullah Faiz, sowie des Projektkoordinators der Johanniter-Auslandshilfe, André Breitenstein, ist die afghanische Zivilgesellschaft nach wie vor »nicht stabil« ausgebildet. Aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit vor allem junger Afghanen, der Nachkriegsgeneration, sei auch künftig mit Konflikten zu rechnen. Experten schätzen die Arbeitslosenquote in Afghanistan zwischen 50 bis 60 Prozent. Die Entwicklungsorganisation Oxfam erklärte, einen dauerhaften Frieden und eine sozial gerechte Entwicklung könne es in Afghanistan nur geben, wenn die seit dem Fall der Taliban erzielten Fortschritte bei den Frauenrechten gewahrt bleiben. Westliche Staaten müssten dafür auch weiterhin Sorge tragen. **Auszeichnung für Bildungsprojekt** Ein Bildungsprojekt für afghanische Frauen hat am 25. Dezember in Bonn die Auszeichnung des Nationalen Komitees von UN Women erhalten. Das ICT Centre (Information, Communication and Technology Centre) im afghanischen Parwan erhielt ein Preisgeld in Höhe von 10.000 Euro, das von der Stiftung Apfelbaum gespendet wird. Das von UN Women unterstützte Zentrum fördere Frauen durch Weiterbildungen wie Englisch- und IT-Kurse und gebe ihnen damit Aussicht auf Arbeit, erklärte die Frauenorganisation der Vereinten Nationen.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 49_2014 Seite _50

Sacharow-Preis Europaparlament ehrt kongolesischen Arzt

Straßburg (epd). Das Europaparlament hat dem kongolesischen Arzt Denis Mukwege den Sacharow-Preis für geistige Freiheit überreicht. Die Abgeordneten ehrten den 59-jährigen Gynäkologen am 26. November in einer feierlichen Zeremonie. Mukwege behandelt in seiner Klinik in Bukavu Frauen, die Opfer grausamer Übergriffe durch kongolesische Milizen wurden. In vielen bewaffneten Konflikten gelten Vergewaltigungen und Verstümmelungen als Kriegswaffe, die den Gegner schwächen und demütigen soll. Der renommierte Menschenrechtspreis ist mit 50.000 Euro dotiert und nach dem russischen Dissidenten und Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow (1921-1989) benannt. »Die internationale Gemeinschaft hat Grenzen für chemische, nukleare und biologische Waffen aufgezeigt«, unterstrich Mukwege anlässlich der Preisübergabe. »Wir brauchen auch Grenzen für Vergewaltigung als billige Waffe.« Auch der EU-Parlamentspräsident Martin Schulz forderte, die Straffreiheit für Vergewaltigungen in bewaffneten Konflikten müsse beendet werden. Im vergangenen Jahr hatte das Europaparlament die pakistanische Kinderrechtlerin Malala Yousafzai ausgezeichnet. Neben Mukwege waren in diesem Jahr die proeuropäische ukrainische Bewegung »Euromaidan« und die inhaftierte Menschenrechtsaktivistin Leyla Yunus aus Aserbaidschan nominiert. Mukwege hat für sein langjähriges Engagement bereits den Alternativen Nobelpreis, den Menschenrechtspreis der Vereinten Nationen und etliche andere Auszeichnungen bekommen.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 49_2014 Seite _52

Kolumbien Friedensgespräche sollen fortgesetzt werden

São Paulo (epd). Nach der Freilassung eines entführten Generals ist der Weg für eine Fortsetzung der Friedensverhandlungen zwischen Farc-Guerilla und Regierung in Kolumbien frei. Er habe sich bereits mit den Unterhändlern getroffen, um die Bedingungen für eine Rückkehr an den Verhandlungstisch zu beraten, gab Präsident Juan Manuel Santos am 30. November bekannt. Die Entführung von General Rubén Darío Alzate hatte einen schweren Rückschlag für die seit zwei Jahren laufenden Friedensgespräche in Kubas Hauptstadt Havanna bedeutet. Alzate war am Sonntagmorgen zusammen mit seinen zwei Begleitern etwa 170 Kilometer von Quibdó, der Hauptstadt des westlichen Departments Chocó, an das Rote Kreuz übergeben worden. Der hochrangige Militär war am 16. November in dem von den Rebellen kontrollierten Gebiet festgenommen wurde. Alzate war unbewaffnet und in Zivil unterwegs. Mit ihm zusammen waren eine Rechtsanwältin und ein Unteroffizier entführt worden. Santos erklärte, dass entsprechend der vereinbarten Punkte die Friedensgespräche fortgesetzt werden sollen. Er stellte bereits für kommendes Jahr einen Vertrag in Aussicht. Bei den Themen Landkonflikte, Drogenhandel und Eingliederung von Ex-Kämpfern ins Zivilleben wurde bereits eine Einigung erzielt. Nun wird über eine Entschädigung der Opfer des Konflikts verhandelt. Farc-Kommandant Iván Márquez verlangte eine Feuerpause für die Zeit der Verhandlungen sowie einen langfristigen Waffenstillstand. »Wir können diese absurde Situation nicht länger fortsetzen, inmitten von Krieg Friedensverhandlungen zu führen«, erklärte er in einem Kommuniqué. In Kolumbien herrscht seit mehr als 50 Jahren Bürgerkrieg, der schon rund 220.000 Menschen das Leben gekostet hat. Mehrere Millionen wurden vertrieben.

epd-Wochenspiegel | AUSGABE WEST Nr. 49_2014 Seite _53